

Berliner Tageblatt

Nr. 484

und Handels-Zeitung

Mittwoch, 13. Oktober 1926

Druck und Verlag von Rudolf Nolte in Berlin.

Fractionsbesprechungen im Landtag.

Parteien und Hohenzollern-Bergleich.
Vorläufige Besprechungen der Regierungsparteien über die Frage einer eventuellen Regierungsumbildung.

In den Wandhallen des preußischen Landtags war morgens mitunter genug Platz, der sich geteilt nachmittags und abends abgab. Gegenstand ersterer Vorbereitung und Gespräch war die Tatsache besprochen, daß demokratische Abgeordneten Professor Dr. Greifzu-Barwies und Pastor Hermann-Breslau bei den namentlichen Abstimmungen gegen den Vergleichsvorschlag mit den Hohenzollern gefilmt haben. Wie wir hören, stehen die beiden Abgeordneten auf dem Standpunkt, daß sie auch bei polter Würdigung einer schmierigen Lage und in Berücksichtigung der Haltung der Gesamtaktion es persönlich nicht verantworten können, dem Vergleichsvorschlag in der vorliegenden Form zustimmen zu können. Außerdem mehrere andere Abgeordnete nebst demokratischer Landtagsfraktion, die sich im Hofe befinden haben, bei der Abstimmung nicht teilgenommen.

Die demokratische Landtagsfraktion ist heute früh in einer Sitzung zusammengetreten, in der selbstverständlich auch die geöffneten Vorfälle abgesprochen wurden. Die Verhandlungen wurden für streng vertraulich erklärt. Darüber hinaus hat die Räffaktion zur heutigen Tagessitzung Stellung genommen. Bei der Fortsetzung der Debatte über die Magdeburger Vorfälle im Falle Haas-Schröder werden von der demokratischen Landtagsfraktion die Abgeordneten Dr. Jäck (Köln) und Dr. Schöner (Magdeburg) sprechen.

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion hielt morgens vorzeitig vor der Plenarsitzung ebenfalls eine Besprechung ab. Mitteilung eines Radikalbüros, daß die sozialdemokratische Landtagsfraktion sich mit der Frage der Umbildung der Regierung in zweien heute beschäftigt habe, ist falsch. Wie wir von durchaus

gut unterrichteter Seite erfahren, ist man in der sozialdemokratischen Landtagsfraktion heute zu der Besprechung einer eventuellen Regierungsumbildung nicht mehr gekommen. Es wurden vielmehr lediglich die Vorfälle des gestrigen Tages beprochen. Die Sozialdemokratie wird, wie wir weiter erfahren, im Landtag an ihrer Stellung, bei der Abstimmung über den Vergleichsvorschlag in der dritten Lesung am Freitag Stimmenthaltung zu üben, festhalten. Immerhin ist mit der Möglichkeit zu rechnen, daß bei der sozialdemokratischen Landtagsfraktion ein Teil gegen den Vergleichsvorschlag stimmen wird. Fraktionszwang wird die Sozialdemokratie in dieser Frage nicht ausüben.

Es ist für morgen vormittag eine neue Sitzung der Landtagsfraktion der Sozialdemokraten anberaumt, in der die Frage der Umbildung der Regierung in Preußen auf der Tagesordnung steht. Jedoch ist es fraglich, ob die Sozialdemokratie morgen zur Behandlung dieser Frage kommen werden. In der sozialdemokratischen Landtagsfraktion steht man auf dem Standpunkt, daß die Behandlung einer eventuellen Regierungsumbildungstage nicht überkürzt werden sollte. Vermutlich wird also die sozialdemokratische Landtagsfraktion offiziell erst nach der Pause, die am Freitag dieser Woche beginnt und bis 3. November, dem Tage des Wiederaufzimmersitzes auch des Reichstags, dauert, zu der Frage der Regierungsumbildung eine Stellung nehmen. Jedoch ist die Sozialdemokratie bereit, in Zeile, daß Minister Braun Verhandlungen der Zukunft einleiten sollte, Vertreter zu diesen Verhandlungen zu entsenden.

*
Wie wir weiter erfahren, hat nunmehr auf Grund der Initiative der Zentrumsträger des preußischen Landtags Ministerpräsident Braun die Vertreter der Regierungsparteien in Preußen (Demokraten, Zentrum und Sozialdemokraten) für morgen nachmittag zu einer Besprechung über die Frage der Regierungsumbildung eingeladen.

**Die Verwaltung
des deutschen Eigentums in Amerika.
in parlamentarischer Untersuchungsausschussh. — Die
Freiheitssatzung.**
[Telegramm unseres Korrespondenten]

» Washington, 13. Oktober.

Mit dem ergebnislosen Ausgang des Daugherty-Prozesses in New-York ist das Leiste Wort über die Stände bei der Verwaltung des ehemals feindlichen Eigentums noch keineswegs gesprochen. Es waren reich gesetzliche Schritte, die der Verteilung Daugherty und Millers im Wege standen. Vor der öffentlichen Meinung sind die beiden Männer trocken moralisch verurteilt. Die Presse der Parteirichtungen stimmt darin überein, daß der Prozeß eine höchst schimpfliche Wahl war. Es steht nun beim Senat, weitere Schritte zu tun um die alte Handhabung hierfür ist in dem während der vorigen Session gefassten Besluß gegeben, ein Untersuchungsausschuss einzusetzen, der die ganze Verwaltung des feindlichen Eigentums seit Kriegsausbruch statistisch nachprüfen soll. Senator Borah ist Vorsitzender dieses Ausschusses und hat in dieser Eigenschaft bereits angefangen, daß die Interessen der Feinde aufzuhören aufgedeckt werden sollen. Bei dieser Gelegenheit werden auch Daugherty und Miller erneut vorgelesen werden. Die geistige Abwehrung der Klage gegen die Annexionierung des Verkaufs der deutschen chemischen Potente wird dann in dem selben Aufmaß, die nochmals zur Sprache kommen. Borah hofft, daß durch die geplante Untersuchung, die in aller Kürze beginnen werden soll, die endgültige Regelung der deutschen Eigentumsfrage befriedigt werden kann. Nach den Ergebnissen der Beratungen in der vergangenen Sessjon werden von der Regierung jetzt neue Anstrengungen gemacht, um einen endgültigen Besluß über die Gesetzesvorlage des Abgeordneten Green durchzuführen. Ob das in der kurzen Zeitung dieses Winters, die im März zu Ende geht, möglich sein wird, bleibt allerdings zweifelhaft.

Der Kampf gegen Pilсудtis Finanzminister.
[Telegramm unseres Korrespondenten]

» Warschau, 13. Oktober.

Bei dem Kampf gegen den Finanzminister Schuchowicz hat die Rechtsopposition sich bereits zur Fälligung von Dokumenten verleiten lassen. Ein neues Rechtsopposition veröffentlicht gern einen Brief des neu ernannten Directors des Departements für den Geldumlauf, Dr. Baranski, den das Blatt als einen der wichtigsten Beamten im Finanzministerium bezeichnet. Baranski forderte angeblich seine Entlassung, weil die Situation ihm immer mehr verunsiekt, und die Arbeit gegenüber der Bevölkerung unmöglich sei. Heute teilt Dr. Baranski mit, daß er einen Brief mit solchen Wortlaut nie an den Finanzminister geschrieben habe. Er müsse ausdrücklich feststellen, daß er seinerseits Worte sehe, wonach die Situation momentan sehr schlecht aufgegangen werden sollte, als vor einem oder zwei Monaten. Zum Schluß stellt er fest, daß auch die Gerüchte, er wolle den ihm angebotenen Posten abgelehnt, nicht den Tatsachen entsprechen. Desgleichen veröffentlicht der Zentralverband der bei Finanzämtern angestellten Beamten einen offenen Brief, wonin

die Hege der Rechtsblätter gegen den jetzigen Finanzminister schwer verurteilt wird. Die vom Finanzminister vorgeschlagenen Personalveränderungen sind bereits vom Staatspräsidenten unterzeichnet worden. Die Demission des Präsidenten der Handelskammer, Steczkowski, wurde nicht angenommen. In Polen wird demnächst ein Regierungskommissar ernannt werden. Er wird mit außerordentlichen Vollmachten ausgestattet werden und beim Finanzministerium antreten.

Poincaré im Elsass.

Der Ministerpräsident gegen die Räumung des Saargebiets.
[Telegramm unseres Korrespondenten]

» Paris, 13. Oktober.

Poincaré hat in Straßburg vor seiner Abreise nach Kamerun verschiedene Persönlichkeiten empfangen. Er hatte zunächst eine lange Unterredung mit dem Straßburger Erzbischof und dem Vorsitzenden der Liga der elzäffischen Katholiken. Ferner empfing der Ministerpräsident die Senatoren und Abgeordneten des Niederklaus sowie Vertreter der evangelischen, katholischen und jüdischen Kirche. Mit dem Vorsitzenden der Gerichte prägte Poincaré die Sprachenfrage bei den Untersuchungen und Gerichtsbedenken. Des weiteren hatte der Ministerpräsident Unterredungen mit dem Vorsitzenden der Straßburger Handelskammer, dem Hafendirektor, einer Beamtendelegation und Vertretern der Handelsverbände. Der Ministerpräsident versprach, alle Anregungen zu prüfen.

Den Vertretern der Handelsverbände erklärte Poincaré auf eine Frage, daß für den Augenblick von seiner Veränderung des wirtschaftlichen Status im Saargebiet die Rede kein könne. Die in der deutschen Presse verbreiteten Gerüchte von einer Räumung des Saargebiets seien unzutreffend. Die Regierung habe nicht die Absicht, das Saargebiet vor dem festgesetzten Termint aufzugeben.

Aus weiteren Erklärungen, die der Ministerpräsident den verschiedenen Behörden gegenüber gemacht hat, geht hervor, daß bei den Befragungen der an der autonomen Bewegung beteiligten Personen für leicht Vergehen Nachsicht gewährt, während die Befragungen für die schweren Vergehen unverändert bleiben sollen.

Die Unterhaltung Krassins-Chamberlain.

[Telegramm unseres Korrespondenten]

» London, 13. Oktober.

Wie hier verlautet, hat die geistige Unterredung zwischen Chamberlain und Krassin natürlich zu keinen konkreteten Resultaten geführt. Krassin soll der Hoffnung Ausdruck verliehen haben, daß es möglich sei, eine Verbesserung der englisch-russischen Beziehungen zustande zu bringen, und daß England Moskau gewisse Handelskredite gewähren würde, die dann dem englisch-russischen Handel zugute kommen sollten. Chamberlain soll hierauf Krassin erwidert haben, daß er bereits seinem Vorgänger Baldwin erläutert habe, daß die antibritisches Propaganda der Sowjetregierung natürlich nicht dazu beitrage, die von der Sowjetregierung gewünschte Verbesserung der gegenwärtigen Beziehungen zu erleichtern.

Die Deutschen in der Tschechoslowakei.

Don
Maximilian Müller-Jabusch.

Gestern hat sich in Prag ein Ereignis vollzogen, das zwar schon seit einigen Monaten vorbereitet wurde, das aber jetzt, da es Wirklichkeit geworden ist, doch noch überraschend wirkt. Das Beaumontabkommen German ist zurückgetreten, der Abgeordnete Svebla, der früher schon einmal Ministerpräsident war, hat das neue Ministerium gebildet und von den Ministern des neuen Kabinetts sind zwei, der Arbeitsminister Dr. Spina und der Justizminister Dr. Mayr-Harting, Vertreter deutscher Parteien. Zum ersten Male beteiligen sich die Deutschen in der Tschechoslowakei an der Regierung des Landes, der sie bis vor wenigen Monaten scharf ablehnd gegenüberstanden. Das ist ein Ereignis, das in der Geschichte des jungen Staates epochenmässig Bedeutung hat.

Die bisherige Haltung der Deutschen ist nur zu verstehen. Die Tschechoslowakei ist entstanden mit einer Unabhängigkeitsfeste, sie hat das Recht auf ihre Existenz aus dem Selbstbestimmungsrecht der Völker abgeleitet — und niemand hätte das dem tschechischen Volk nach dem Zulassungsbruch des Habsburgerreiches beweisen —, aber sie ist kein Nationalstaat, sondern ein Nationalitätenstaat, und kaum ein Volk hat das Selbstbestimmungsrecht des Volkes so mißhandelt wie das Staatsvolk der Tschechoslowakei, die Tschechen. Selbst die Slowaken, die man vollständig zu assimilieren sich bemüht, sind nicht ganz glücklich zu behandeln, die ihnen die Tschechen angelebt lassen. Viel schlimmer aber ist die Behandlung, die die Deutschen in der Tschechoslowakei erdulden müssen. Im Norden, im Westen und im Süden bildet die deutsche Bevölkerung einen geschlossenen Gebietskreis über das tschechische Sprachgebiet, der bis 70 Kilometer breit ist. Das Gebiet umfaßt 16 000 Quadratkilometer (es gibt kleinere Länder in Europa). Daraus ergibt sich anscheinliche deutsche Sprachinseln und verpreßte Minderheiten. Selbst nach der offiziellen Volkszählung von 1921 lebten in der Tschechoslowakei unter einer Gesamtbevölkerung von 13 613 172 nicht weniger als 3 123 448 Deutsche. Das sind 23,36 Prozent. Aber diese Zahlung ist aus mancherlei Gründen anzufechten. Aus den bei den Wahlen 1920 abgegebenen Stimmen kann man auf 3,9 Millionen schließen, denn hier ist die Prozentszahl der deutschen Stimmen 25,55 Prozent.

Es würde zu weit führen, wollte man alles das anführen, was das herkömmliche Staatsvolk im Kampfe gegen das Deutschtum getan hat, und es hieße nur alte Wunden wieder aufrufen in einem für eine gründliche Wandlung dieser Dinge bedeutsamen Zeitpunkt. Aber wenn jetzt eine Brücke über die Kluft geschlagen werden soll, die bisher Tschechen und Deutschen trennte, dann haben die Deutschen eine sehr einfache Rechnung vorzulegen, die erst anerkannt werden muß. Zugegeben, daß auch die Tschechen manches fordern werden, aber die deutsche Rechnung ist größer. Die Deutschen werden nicht Wucherjäger fordern, aber bereitigt müssen diese Dinge werden, wenn die beiden Parteien in dem Hause, in dem sie nun einmal wohnen, sich friedlich und friedlich einrichten wollen. Mit Wahlkreisgeometrie und mit dem peinlichen Soldatenwahlrecht hat man die Wahlen zu fristgerecht verachtet. Alle Schikanen der Verwaltung sind gegen die Deutschen angewandt worden. Die Währungssteuerung wurde benutzt, um die deutsche Industrie zu schwächen. Die Kriegsschulfe, die in der Hauptstadt von den Deutschen gezeichnet war, sollte zunächst nicht anerkannt werden und wurde dann nur in einer Form anerkannt, die die Deutschen schädigte. Ein an einer Grenze grenzendes Bodenreformgebot wurde beschlossen und seine Durchführung von dem sowjetischen Bodenamt zu einer riesenhaften Ansiedlung von Tschechen in deutlichem Gebiet benutzt; die Presse wurde schikaniert, gegen die deutschen Zeitungen, deutsch geschriebene, aber tschechisch eingestellte Blätter begründet. Schlimmer noch ist das, was man der deutschen Schule angelan hat. Bis zum Herbst 1923 hatte man 2 000 deutsche Schulklasse eingehen lassen! Bereits 1920 aber hatten sich die tschechischen Schulen um 12,9 Prozent vermehrt, denn überall dort, wo man durch Verherrlichungen und durch „Bodenreform“ tschechische Minderheiten geschaffen hatte, gründete man auch tschechische Schulen. Der Bafeler Professor Haffinger, der ein ausgesuchtes Buch über die Tschechoslowakei geschrieben hat, hat das Programm dieser politisch auf folgende Formeln gebracht: 1. Verminderung der Zahl der ihrer Nationalität Bewußten; 2. Verminderung der politischen Rechte der ihrer Nationalität Bewußten; 3. Zersprengung der gleichförmigen Wohngebiete der Nationalitäten; 4. Wirtschaftliche Begünstigung des Staatsvolks auf Kosten der Minderheiten; 5. Entgrößerung der Minderheiten. Darin ist alles enthalten!

In diesem Augenblick das alles zu verschweigen, wäre verfehlt, denn die Aufgabe, die die neuen deutschen Minister auf sich genommen haben, kann in ihrer ganzen Schwere nur gewürdigt werden, wenn man weiß, was alles geschehen ist. Und um so mehr muß ihr Mut hervorgehoben werden, den der Entschluss zur Übernahme des Amtes bedeutet. Aber auch auf der anderen Seite ist der Mut groß, denn die Bildung des neuen Kabinetts Svebla aus den Vertretern der Parteien, die die Vergangenheit bestreiten. Sie sind zähle, lebendig, leicht beweglich, sehr selbstbewußt, arbeitsam und tüchtig, aber ihre Ententefreunde haben